

Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke s s s s s s s
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Erscheint jeden Mittwoch u. Sonntabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,18 Mark.

Redaktion Architekt Karl Seindte s s
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Inhalt: Kanalisation der Stadt Gleiwitz. — Der Entwurf der Breslauer Bauordnung. — Schulanrichten. — Kleine Nachrichten. — Rechtswesen. — Streikbewegungen. — Ausgeschriebene behördliche Stellen.

Kanalisation der Stadt Gleiwitz.

Von Stadtbauinspektor Hache-Gleiwitz.

I.

Die Stadt Gleiwitz hat sich bereits seit einer Reihe von Jahren mit der Städtereinigung befasst. Es sind die verschiedensten Projekte aufgestellt und verworfen worden. Eine Kritik derselben erübrigt sich, weil sie endgültig abgetan sind. Für die Beurteilung des vorliegenden Kanalisationsprojektes genügt es, aus den Vorgängen einen einzigen Punkt hervorzuheben: die Verhandlungen der Ministerialkommission mit den städtischen Vertretern auf Grund der örtlichen Besichtigung vom 5. und 6. November 1900. Diese Verhandlungen, an welchen ausser den Vertretern der Königlichen Regierung in Oppeln die Kommission der Ministerien des Innern, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten und des Handelsministeriums teilnahmen, enthalten die Hauptgründe für die Aufstellung des Projektes, welche in folgenden Sätzen ausgesprochen sind:

1. die minder dicht bebauten Stadtteile können nach dem Trennsystem entwässert werden. Die Regen- oder Meteorwässer dieser Teile werden bei gehöriger Vorsicht in die offenen Wasserläufe geführt werden können. Wirtschaftswässer und Fäkalien aber müssen zur Pumpstation geleitet werden. Voraussetzung dabei aber ist die Beseitigung der bisherigen die Vorflut beeinträchtigenden Stauverhältnisse.
2. die innere Stadt soll möglichst ganz durch Schwemmkanalisation entwässert werden.

Die Voraussetzung zu 1 die Beseitigung der die Vorflut beeinträchtigenden Stauverhältnisse ist inzwischen durch den Erwerb und die Niederlegung des Goretzkischen Staues und die im Anschluss hieran begonnene Klodnitzregulierung erfüllt.

Die im Kanalisationsentwurfe berücksichtigte Stadtfläche fällt mit guten Gefällen zu den Klodnitzflüssen hinab.

Aus den Höhenlagen der einzelnen Strassen und dem Wasserspiegel der Flüsse geht hervor, dass in der Abflussrichtung der Flüsse ein einigermaßen befriedigendes Gefälle der Stadtoberfläche vorhanden ist, so dass sich als tiefste Stelle der Kanalisationsanlage von selber die Gegend am Schlachthof und der Heinzmühle ergibt.

Um den Stadtuntergrund näher kennen zu lernen, hatte der Magistrat 42 Bohrungen in den verschiedensten Teilen der Stadt vornehmen lassen.

Diese Bohrungen haben ergeben, dass der Stadtuntergrund vornehmlich aus Sand verschiedenster Färbung und Korngrösse und aus sandigem Lehm und Ton besteht; nur weiter draussen in Petersdorf zeigte sich in grösserer Tiefe Kalksteineisen. Die damals beobachteten Grundwasserstände können heute nicht mehr ohne weiteres als massgebend angesehen werden, weil infolge der Klodnitzregulierung der Grundwasserspiegel sich wahrscheinlich erheblich gesenkt hat; es haben deshalb im Monat Mai 1906 noch an verschiedenen Stellen der Stadt Grundwasseruntersuchungen stattgefunden. Es ist übrigens, selbst wenn die erwartete günstige Veränderung des Grundwasserspiegels eingetreten sein sollte, da-

mit zu rechnen, dass man bei der Legung des Kanalnetzes auf Untergrundwasser stossen wird; auch befindet sich an manchen Stellen der Stadt schwimmender Sand, der stets für die Bauausführung Schwierigkeiten bietet. Bei der Kostenaufstellung über die vorzunehmenden Erdarbeiten musste hierauf Rücksicht genommen werden.

Gleiwitz hat zur Zeit rund 61 000 Einwohner und es ist anzunehmen, dass in der nächsten Zeit eine starke Vergrösserung durch Zuzug bevorsteht.

Vom 30. Oktober 1897 bis jetzt ist die jährliche Bevölkerungszunahme $4\frac{1}{2}\%$. Aber auch mit diesem Prozentsatz wird man für die Zukunft dauernd nicht rechnen können, da die Bevölkerungszunahme in den letzten Jahren mit der Erweiterung der grossen Eisenbahnwerkstätten und dem Ausbau des Güterbahnhofes zusammenhängt. Es ist demgemäss nur eine Erweiterung von $2\frac{3}{4}\%$, bei der übrigens auch schon nach 50 Jahren eine Bevölkerungszahl von 250 000 erreicht wird, angenommen worden.

Die für die Kanalisation in Aussicht genommene Stadtfläche ist ca. 800 la gross.

Bei einer Stadt, wie Gleiwitz, kann man wohl höchstens eine durchschnittliche Bevölkerungsdichtigkeit von 300 Personen pro ha Stadtfläche nach völligem Ausbau annehmen, eine Zahl, die bei den heutigen hygienischen Bestrebungen kaum erreicht werden dürfte; es ist vielmehr anzunehmen, dass ein grosser Teil der zukünftigen Stadt eine geringere Bevölkerungsdichtigkeit aufweisen wird.

Im ganzen konnten sonach auf der im Kanalisationsentwurfe berücksichtigten Fläche von 800 ha höchstens $800 \times 300 = 240\,000$ Menschen wohnen; da sich diese Zahl mit der vorhergehenden fast deckt, so erscheint es richtig, das auszubauende Kanalisationsrohrnetz von vornherein auf eine solche Erweiterung einzurichten.

Das Stadtgebiet wird von mehreren Flüssen in der Richtung von Südosten nach Nordwesten durchzogen:

- a) dem Klodnitzflusse und der Wienerbache,
- b) dem Klodnitzkanale,
- c) der Ostropka, die südlich und östlich der Altstadt läuft und sich im Zuge der Bahnhofstrasse in den Klodnitzfluss ergiesst,
- d) dem Petersdorfer Bache, der im Nordwesten in den Klodnitzkanal fliesst.

Die Wasserversorgung der Stadt Gleiwitz beruht auf dem zwischen ihr und dem Königlichen Bergfiskus geschlossenen Vertrage von 7./13. Mai 1894 und dem eine Erweiterung desselben enthaltenden Nachtragsvertrage vom 19. Juli bis 8. August 1900. Nach ersterem ist die Stadt berechtigt, aus dem fiskalischen Tiefbrunnen in Karchowitz, bei welchem sich eine mit finanzieller Beteiligung der Stadt Gleiwitz errichtete staatliche Maschinenanlage befindet, täglich 2550 cbm Wasser zu entnehmen; nach dem späteren Vertrage steht ihr ausserdem die gesamte Wassermenge zu, welche die beiden von der Stadt im Jahre 1899 erworbenen und von ihr dem Bergfiskus übereigneten Bohrlöcher Hackelberg und Zawada ergeben.

Die Ergiebigkeit der Bohrlöcher Hackelberg und Zawada, welche mit besonderen Messvorrichtungen versehen sind, deren Wasser jedoch gleichfalls in den staatlichen Tiefbrunnen geleitet wird, betrug nach der Messung bei Abschluss des Vertrages 2,9 cbm pro Minute. Mit Rücksicht auf den möglichen Zusammenhang zwischen ihnen und dem staatlichen Tiefbrunnen ist der Stadt für den Fall der Verminderung der Ergiebigkeit von Hackelberg und Zawada bei gleichzeitiger Zunahme der Ergiebigkeit des staatlichen Tiefbrunnens, der Zuwachs bis zum Betrage von 2,9 cbm garantiert, während im umgekehrten Falle — Verminderung des staatlichen Tiefbrunnens bei gleichzeitiger Vermehrung des Wassers von Hackelberg und Zawada — dem Staat das gleiche Recht an dem Zuwachs dieser letzteren zustehen sollte.

Der Stadt steht hiernach im Höchstbetrage ein tägliches Wassergut von $2550 + 4176 = 6726$ cbm zu.

Die Abführung des Wassers geschieht mittels zwei der Stadt gehörigen Leitungen, von denen die eine im Jahre 1894 gebaut wurde und eine lichte Weite von 250 mm hat, während die zweite 1901 angelegt wurde und eine lichte Weite von 300 mm aufweist. Die Stadt besitzt zwei Hochbehälter und einen Tiefbehälter mit zusammen 4900 cbm Inhalt. Die der Stadt gehörige Pumpmaschine in Zawada kann bei 22 stündigem Betriebe täglich 4840 cbm Wasser zuführen. Wegen Verstärkung der Maschinenkraft, entweder durch Beschaffung einer zweiten städtischen Maschine, oder Benützung der staatlichen Maschinen schweben zur Zeit Verhandlungen. Das städtische Rohrnetz ist etwa 75 km lang.

Die Wasserversorgung kann als zur Zeit völlig ausreichend und gut bezeichnet werden. Das zur Verfügung stehende Wassergut ist jedoch nicht so gross, dass es bei der zu erwartenden stetigen und starken Bevölkerungszunahme auf die Dauer genügen wird. Es wird nach Durchführung der Kanalisation notwendig sein, für die Beschaffung weiterer Wassermengen zu sorgen.

Die Ableitung der Tage- und Wirtschaftswässer der Grundstückstücke des Stadtkreises Gleiwitz geschieht teils oberirdisch durch offene oder überdeckte in die Strassenrinne führende Rinnen, teils durch unterirdische Leitungen in die vorhandenen städtischen Strassenkanäle, öffentlichen Wasserläufe und Gräben.

Grundstückbesitzer, welche mit ihren Grundstückstücken an noch nicht ausgebauten Strassen liegen, die noch keine Entwässerungsanlagen haben und bei denen die Möglichkeit, die Abwässer in vorhandene Kanäle, öffentliche Wasserläufe und Gruben abzuleiten, nicht vorliegt, sind angewiesen, ihre Haus- und Wirtschaftswässer in Senkgruben auf ihren Grundstückstücken zu sammeln und abzuführen.

Zur Klärung der in die öffentlichen Strassenrinne abfließenden Haus- und Wirtschaftswässer sind auf den Grundstückstücken Schlammfänge mit ein bis drei Abteilungen von 60/60 cm l. W. und 1 m Tiefe vorhanden.

Die durch unterirdische Leitungen in die vorhandenen städtischen Strassenkanäle, öffentlichen Wasserläufe und Gräben abfließenden Abwässer werden durch mit Koksfilter versehene Kläranlagen, welche vor dem Austritt der Entwässerungsleitung auf dem Grundstück angelegt sind, geleitet. Die Fäkalien werden nach den Bestimmungen der Baupolizeiverordnung in wasserdichten gemauerten Senkgruben gesammelt und abgefahren.

Die Entleerung der Gruben erfolgt zum grössten Teil auf pneumatischem Wege in luftdicht geschlossene Behälter.

Im Bereiche des Kanalisationsgebietes liegen, wie eine Umfrage ergeben hat, fast keine gewerblichen Anlagen, deren Abwässer ungünstig auf den öffentlichen Gesundheitszustand einwirken könnten.

Kondensierende Wassermengen entfliessen dem Fabrikbetriebe der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktion-Gesellschaft, Abteilung Haldschinskywerke, als unschädliche Spül-, Kühl-, oder Kondenswasser.

Die Oberschlesische Eisenindustrie entnimmt für ihren Betrieb die Wässer aus dem Klodnitzkanale und muss dieselben nach ihrer Angabe wieder in den Kanal zurückleiten; es wird seitens der Königlichen Wasserbauinspektion zu prüfen sein, ob auch künftighin diese Spülwässer, die nach einer früheren Angabe des

Werkes auf etwa 3° Beaumé Schwefelsäuregehalt haben sollen, in den Kanal weiterhin geleitet werden dürfen. Jedenfalls sollen für den Hauptkanal Stampfbetonröhren mit gebrannten und glasierten Tonschalen zur Anwendung kommen.

Die Abgänge des Schlachthofes bestehen vorwiegend aus dem Inhalte der Eingeweide und aus Blut. In den Sommermonaten befindet sich in dem Abwasser Kochsalz mit 2 prozentiger kalkhaltiger Soda, das jedoch den Kanalisationsröhren unschädlich ist.

Die Abwässer aus der Papierfabrik, die bekanntlich ungemünzt leicht in Fäulnis übergehen und dadurch einen unangenehmen Geruch verursachen, müssen selbstverständlich später durch die Kanalisationsröhren abgeleitet werden.

Die Abwässer der Löwenbrauerei Scobel sollen eine Temperatur von 40° Celsius haben, die aber für das Rohrsystem unschädlich sind, zumal ein grösserer Kanal im Zuge der Rohrstrasse entlang führt, dessen Sielwasser das Abwasser der Brauerei schnell abkühlen wird.

Die kleineren anderen Werke, Badeanstalten, Mühlen usw. führen geringe Abwässer, die nicht weiter berücksichtigt zu werden brauchen.

Nach Pottenkofer kann man die gewöhnliche Stadtjauche inklusive Abortentleerungen unbedenklich in jeden Fluss leiten, dessen Wassermenge das fünfzehnfache des Kanalwassers beträgt, dessen Geschwindigkeit nicht geringer als die des Sielwassers, etwa 0,6 m, ist.

Es ist also festzustellen, welche Wassermengen die Klodnitz sekundlich führt und mit welcher Geschwindigkeit sie an der Auslaufstelle der Jauche fliesst.

Bei Hochwasser ist, wie schon gesagt wurde, die Wassermenge = 76,40 cbm/sek., bei Mittelwasser 2,48 cbm/sek., bei Niedrigwasser 0,8924 cbm/sek. Gewöhnlich wird zwar Mittelwasser vorhanden sein, aber gerade im Sommer ist es schon häufig vorgekommen, dass der Niedrigwasserstand erreicht worden ist; deshalb muss bei dieser Berechnung die letzte Zahl angenommen werden.

Nun sollen mit der Zeit und zwar zunächst für 125 000 Einwohner die Abfallwässer abgeleitet werden, das entspricht, wenn man pro Kopf und Tag 100 l rechnet, am Tage einer Abwassermenge von 12 500 cbm, stündlich $12\,500 : 24 = 520$ cbm, wenn man annimmt, dass die grösste stündliche Abwassermenge gleich dem 14. Teil der gesamten Tagesmenge beträgt.

Die grösste sekundliche Menge beträgt $890\,000 : 3600 = 250$ l/sek. = 0,25 cbm/sek. Aus vorstehenden Zahlen ersieht man, dass eine Selbstreinigung ausgeschlossen ist, zumal auch die Geschwindigkeit der Klodnitz bei Niedrigwasser etwa 0,5 m/sek. beträgt.



Der Entwurf der Breslauer Bauordnung.

I.

Der Entwurf der neuen Bauordnung bildet im Wesentlichen eine einheitliche Zusammenstellung der bisher in der Baupolizeiordnung von 1892 und ihren Nachträgen etc. enthaltenen Bestimmungen. Grundlegende Änderungen sind darin nicht enthalten, einiges ist gemildert, einiges aber auch einschneidend verschärft worden.

Sie zerfällt in folgende sieben Abschnitte:

- I. Polizeiliche Prüfung und Aufsicht bei Bauten.
- II. Baugründe, Bauzonen und Schutzmassregeln während der Bauausführung.
- III. Bauten an nicht anbaufähigen Strassen und im Überschwemmungsgebiet.
- IV. Einheitliche Bauvorschriften:
 - a) Zugänglichkeit, Stellung und äussere Gestaltung der Gebäude.
 - b) Festigkeit und Feuersicherheit.
 - c) Gesundheitliche Bauvorschriften.
- V. Gewerbliche Anlagen und Versammlungsräume.
- VI. Bauklassen und Ortsteile.
- VII. Schlussbestimmungen.

Ehe nun diese einzelnen Abschnitte der Reihenfolge nach in mehreren Abhandlungen einer kritischen Würdigung unterzogen werden, sei im allgemeinen einiges, teilweise auf alle Abschnitte mehr oder weniger Bezug habendes, hervorgehoben.

In erster Linie ist eine klare Präzision zwischen Wohn-, Geschäfts-, Warenhäuser und Theater etc. zu vermissen. Im 5. Abschnitt sind allerdings Waren- und Geschäftsbäuser, Theater, Zirkus etc. aufgeführt, aber es ist hier lediglich auf die erlassenen Ministerial- und landespolizeilichen Vorschriften hingewiesen worden. Sollte es nicht angebracht sein, hier bestimmte lokale Ergänzungen zuzufügen?

Ein solches Gebäude kann ebenso in der ersten, wie auch unter Umständen in der fünften Bauklasse errichtet werden, und da empfehlen sich doch ganz prägnante Spezialvorschriften. Es hätte über diese Baulichkeiten ein eigenes Kapitel eingeschoben werden müssen, da Konstruktion, Verkehrs- und Feuericherheit etc. behaute- und Freifläche hier ganz andere Massregeln erfordern, die in den einzelnen Bauklassen mit den allgemeinen Bauvorschriften in Einklang zu bringen sind und nicht von Fall zu Fall entschieden werden können. Diese Vorschriften müssen vorher genau bekannt sein um überhaupt dem Gedanken eines Projektes nahe-treten zu können.

Es ist ferner im allgemeinen etwas befremdlich, dass so viele Ausnahmefälle vorgesehen sind trotz der vielen Paragraphen in den einzelnen Abschnitten. Ausnahmen sollen doch keine Regel werden. Überdies wird dadurch dem einschlägigen Dezernenten eine zu grosse diskretionäre Gewalt eingeräumt, die ihm sein Amt nur erschwert und im Publikum leicht als Willkür angesehen wird. Jeder Bauende erhofft ja sämtliche Ausnahmen auf sein Objekt zu vereinigen.

Kurze, klare, die Hauptsache unverrückbar festlegende Bestimmungen sind das Ideal einer Bauordnung. Aus diesem Grunde wäre auch die ganze sog. Wohnungsordnung in einen besonderen Zweig zusammengefasst, den sie ja doch einmal einnehmen wird. Knappe Bestimmungen über Konstruktion, Licht, Luft und Lage erschöpfen dieses Thema zur Genüge für die Baupolizei.

Im ersten Abschnitt sind die Genehmigungs- und die Anzeigepflichtigen Bauten aufgeführt. Bei den ersten sind die wohnungspolizeilichen Vorschriften neu, wonach bisher nicht für Wohnzwecke benutzte Räume für diese Zwecke der Genehmigung bedürfen. Geschadet hätte es nichts, wenn man — wie anderwärts — Aufschüttungen und Abgrabungen, also Geländeränderungen, konzessionspflichtig gemacht hätte (Wiesbaden), da eine solche Vorschrift die Wahrung des Landschaftsbildes sichert. Die Anzeigepflichtigen Bauten hätten leicht noch etwas mehr ausgedehnt werden können. So ist es z. B. nicht ersichtlich, warum unter diese Art nicht auch die gewöhnlichen Feuerungsanlagen fallen könnten.

Über die weiteren Paragraphen, die von den Bausuchen, Bauvorlagen etc. handeln, lässt sich nicht viel sagen, etwas knapper, wäre auch hier nicht vom Übel. Man soll nicht gerade jede beliebige Zeichnung zulassen aber man soll dem Entwerfenden nicht den Platz für jeden Strich vorschreiben. Dies erzeugt nur unnützes Schematisieren. Sehr gut wäre hier z. B. ein Passus dahin lautend, dass es dem Bauenden unbenommen ist, vor Einreichung des förmlichen Bausuchses einzelne Fragen, die von der Baupolizei geprüft und beantwortet werden, der Polizeibehörde zur Entscheidung vorzulegen (Linden-Hannover). Viel Arbeit liess sich dadurch vermeiden und vieles vereinfachen.

Ferner vermisst man den in den süddeutschen Bauordnungen fast durchgängigen, im Norden allerdings vereinzelteren Satz: die Benachrichtigung der Nachbarn seitens der Behörde nach Eingang eines Projektes zu einem Neu- oder grösseren Umbau. (Wiesbaden). Dessen wird innerhalb einer Frist ein Einspruchsrecht zur Wahrung ihrer Interessen zugestanden und damit unsern modernen Rechtsempfinden dahin Rechnung getragen, gegenüber einer event. Beeinflussung des Eigentums sozogenen unter Genehmigung der Behörde seine Rechte frühzeitig zu wahren. Manchem späteren kostspieligen gerichtlichen Austrag liess sich hierdurch vorbeugen.

Hinsichtlich der Baubewachung, Robbanahme, Beginn der Putzarbeiten und Gebrauchsabnahme herrscht eine lebens- und nachachtungswerte Einfachheit, Klarheit und Liberalität. Warum

sich die Baupolizei des Rechts begeben hat, Bauten des Reiches und des Staates ausser ihrer förmlichen Genehmigung zu stellen ist nicht ganz verständlich. Alle neueren Bauordnungen z. B. Wiesbaden betonen dies ausdrücklich. Im Interesse einer gesunden und planmässigen Entwicklung einer Stadt, zumal einer Grossstadt liegt es, dass die Baupolizei sich die weitgehendste Einwirkung auf die Baufreiheit sichert.

Die übrigen Kapitel dieses Abschnittes behandeln die allgemeinen Sicherheitsvorschriften und die Arbeiterfürsorge. Dass der Tierschutzparagraph Aufnahme gefunden hat, kann lobhaft begrüsst werden. Ob nicht das Herabwerfen eiserner Träger in bebauten Strassen besonderen Verbotsausdruckes bedurft hätte, wäre noch zu überlegen.

Der 3. Abschnitt, das Bauen an nicht anbaufertigen Strassen etc. hat wohl unbegreifliche Härten für alle mehr ländlichen Baubezirke und eventl. spätere Eingemeindungen. Es kann ja irgendwo in einem ländlichen Gemeindebezirk Asphalt, Holz- oder Steinpflaster (von Pflasterung ist ausdrücklich die Rede) mit einem gleichgehaltenen Bürgersteig verlangt werden, ehe die Strasse als anbaufähig gilt. Erreicht ist hierdurch nur, wie in Köln, die vergrösserte Abhängigkeit des Baustitgen von der Ausnahmebewilligung der Gemeinde, also die verstärkte Sicherheit der letzteren zur Erlangung der geforderten Strassenkostenbeiträge.

H.

Schulnachrichten.

Friedberg i. H. Gewerbe-Akademie. In diesem Polytechnischen Institut fanden Anfang Juni unter dem Vorsitz eines von der Stadt designierten Prüfungs-Kommissars (Geh. Ober-Baurats) durch das Dozentenkollegium wiederum die üblichen Ingenieurprüfungen und zwar in den Abteilungen für Maschinen- und Elektro-Ingenieure sowie für Bau-Ingenieure und Architekten statt. In der Ingenieur-Hauptprüfung bestanden 4 Kandidaten mit dem Prädikat »sehr gut«, 5 mit »gut« und 6 mit »bestanden«, während 2 Kandidaten von der Prüfung zurücktraten. In den beiden Vorprüfungen konnte 2 Kandidaten das Prädikat »sehr gut«, 16 das Prädikat »gut« und 8 das Zeugnis »bestanden« erteilt werden. 2 Kandidaten bestanden nicht. Die Kommission konnte sich im allgemeinen recht anerkennend über die gezeigten Leistungen der Studierenden aussprechen und fand namentlich auch die Ausstellung der graphischen Arbeiten volle Anerkennung. Zurzeit lassen die städtischen Behörden wegen der steigenden Frequenz ein neues Maschinenlaboratorium einrichten bzw. ausbauen.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Zum Submissionswesen hat der Bund deutscher Bauwerksmeister an die Ministerien der deutschen Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, die sich auf allgemein in Handwerkerkreisen empfundene Mängel im Submissionswesen bei staatlichen Lieferungen bezieht. Man bemängelt es vor allem, dass bei den Veranschlagungen die einzelnen Posten nicht genügend spezifiziert sind, und dass durch eine Zusammenstellung der verschiedenen Arbeiten die Berechnung und die Preisfestsetzung für die Submittenten erschwert wird. Für die Beamten sei das sehr einfach und entbinde sie gewissermassen von der Verantwortung. Für die Submittenten sei aber die Kalkulation dadurch sehr erschwert, was bei der Bekanntgabe der Resultate in den enormen Preisunterschieden zum Ausdruck komme und häufig finanzielle Verluste, manchmal sogar den Ruin des Betreffenden zur Folge habe. Der Bund deutscher Bauwerksmeister ersucht deshalb, der Frage des Veranschlagungswesens besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Goldberg. Die im Frühjahr nach den Plänen des Architekten Bodo Ebbardt in Berlin in Angriff genommenen Wiederherstellungsarbeiten an der Grödtzburg sind nunmehr so weit gediehen, dass in diesen Tagen das Richten des Dachgesperres auf dem Pallas der Burg beendet werden konnte. Burgherr ist der Geh. Legationsrat von Dirksen.

Pless. Die am westlichen Saume des herzoglichen Parkes gelegene Hedwigskirche, das älteste Gotteshaus Oberschlesiens, ein Schrotholzhaus aus dem Jahre 1201, ist soeben einer Ausbesserung unterzogen worden. Die Balkenwände waren stellenweise morsch geworden und mussten ausgetauscht werden, ebenso wurde die Verschönerung der Kirche umgebenen Galerie, sowie die des Glockenturmes erneuert. Erbauungsjahr 1201 und das Datum des Umbaus 11. Mai 1655 sind in eichene Balken eingegraben.

Grüssau. Zwecks Wiederherstellung des hiesigen Klosters und der alten Marienkirche war vor einiger Zeit eine Ministerialkommission hier anwesend, welche zu diesem Zwecke diese Bauwerke einer eingehenden Besichtigung unterzog. Die Notwendigkeit der Restaurierung wurde allseitig anerkannt und dürfte ein grundlegender Plan in dieser Hinsicht wohl das Ergebnis dieser Besichtigung sein. Die Kommission besteht aus dem General-Konservator der Kunstdenkmäler, Geh. Regierungsrat Lutsch, Banrät aus dem Kultusministerium und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Vertretern des Oberpräsidiums und der Regierung zu Breslau und dem Konservator der Kunstdenkmäler der Provinz Schlesien, Dr. Burgemeister.

Berlin. In letzter Zeit sind zwischen den deutschen und österreichischen Arbeitgeber-Organisationen Verhandlungen eingeleitet worden, um eine Art von internationaler Streikabwehr herbeizuführen. Dieselben bezwecken, zu verhindern, dass in Streikfällen organisierte Arbeiter des einen Landes über die Grenze geschoben werden, um sich dort bis zum Ablauf des Streiks Unterkommen und Verdienst zu verschaffen.

Rechtswesen.

(Nachdruck verboten.)

Fahrlässigkeit und Täuschung beim Grundstückskauf.

Der Besitzer eines Grundstücks hatte dieses einem Kauflustigen wiederholt genau gezeigt, und letzterer hatte sich entschlossen, es zu kaufen. Das Grundstück bestand aus einem Vorder- und einem Hinterhaus, und ferner aus einem unbebauten Hofplatz, auf dem sich ein Schuppen befand. Der Hof, welcher ebenso wie das ganze Grundstück ziemlich unregelmässige Grenzen aufwies, war mit einer Planke eingefriedigt. — In dem notariellen Vertrage, der zwischen den Parteien zum Abschluss gelangte, war auf die Grundbucheintragung Bezug genommen, die Grösse des Grundstücks genau bezeichnet und ferner gesagt worden, dass das Objekt zum Verkauf gelange ganz in dem Zustande und in der Beschaffenheit, worin es sich am Verkaufstage befinde und wie es dem Käufer zur Genüge bekannt sei. Als der Verkauf perfekt geworden war, erkannte der Käufer, dass ein Teil des Schuppens, der ausserlich vollständig zu dem gekauften Grundstück zu gehören schien und tatsächlich von dem Verkäufer mitbenutzt worden war, nicht zu dem gekauften Grundstück gehörte. Wie sich beim genannten Nachmassen ergab, hatte der Käufer trotzdem ein Grundstück erhalten, welches genau die vereinbarte Grösse besass. Der Käufer war jedoch gezwungen, den betreffenden Grundstücksstreifen und ausserdem eine Überfahrtsberechtigung von seinem Nachbar zu erwerben, und den dafür aufgewendeten Betrag verlangte er nun von dem Verkäufer ersetzt. Das Oberlandesgericht Hamburg — ebenso wie die Vorinstanz — hat diesen Anspruch für begründet erachtet. Für den Ausgang des Prozesses, so meinte das Gericht, kommt es darauf an, ob die grundbuchmässigen Grenzen oder diejenigen Grenzen, wie sie sich infolge der Umfriedigung mit einer Planke bzw. der teilweisen Bebauung des Hofplatzes äusserlich dem Käufer darstellten, das Kaufobjekt bestimmt haben. Zweifellos ist das letztere der Fall; der Käufer konnte bei der Besichtigung absolut nicht auf den Gedanken kommen, dass nicht untersehbare Teile des Hofplatzes und ein Teil des Schuppens zum Nachbargrundstücke gehörten. Hinzu kommt, dass der Vertrag die Worte enthielt: »Ganz in dem Zustand und in der Beschaffenheit, wie es dem Käufer bekannt ist.« Bekannt war das Grundstück dem Käufer aber in dem Zustand, dass der Hofplatz mit dem Schuppen, der sich dort befand, bebaut, und dass der Hof

mit einer Planke eingefriedigt war. Schliesslich ist der betreffende Grundstücksstreifen im Verhältnis zu der Grösse des ganzen Grundstücks so klein, dass den Käufer kein Verschulden trifft, wenn ihm die Differenz zwischen der im Kaufvertrage angegebenen Grösse des Grundstücks und der wirklichen nicht auffiel. — Hiernach war der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer den Schaden zu ersetzen, der ihm dadurch entstanden ist, dass er über die Grenzen des Grundstücks nicht ordentlich unterrichtet war. (Entsch. des Oberlandesger. Hamburg vom 13. II. 06.)

Streikbewegungen.

Haynau. Der Streik der Zimmerleute ist beendet. Die Meister bewilligten pro Stunde 2 Pf. Lohnverhöhung, die 11 stündige Arbeitszeit bleibt bestehen. — Die Tischlergesellen traten dagegen in eine Lohnbewegung. Sie fordern Erhöhung des Lohnes und drohen mit dem Ausstande. — **Zürich.** Infolge neuer Ausschreitungen seitens ausländischer Arbeiter und tätlicher Angriffe auf die Polizei und auf Arbeitswillige hat die schweizerische Regierung heute beschossen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein Regiment Infanterie und eine Eskadron Dragoner heranzuziehen und ein weiteres Bataillon Infanterie bereitzustellen. — **Allenstein.** Die Maler und Anstreicher sind in den Ausstand getreten, da die Malermeister die Forderungen der Gehilfen abgelehnt haben. — **Newyork.** Die Arbeiter der vereinigten Baugewerke beschliessen in den Ausstand einzutreten, um die Lohnbewegung der Bleiarbeiter zu unterstützen. Es treten somit am Sonnabend 100 000 Mann in den Ausstand, falls nicht eine Einigung erzielt wird. — **Bunzlau.** Infolge Lohn-differenzen legten sämtliche bei der Firma Zeidler & Wimmel hieselbst beschäftigten Steinmetzen die Arbeit nieder. — **Sosnowice.** Das Streikkomitee der polnisch-sozialistischen Partei erklärte am letzten Montag den Streik der Tischler.

Ausgeschriebene behördliche Stellen des Ostens. Breslau.

Regierungsbaumeister Schindowski; Regierungsbauführer. — Kattowitz O.-S. Kgl. Eisenbahndirektion: Diplom-Ingenieure. — Allenstein Ostpr. Magistrat: Bau-Ingenieur. Meldung bis Anfang August d. J. — Danzig. Kgl. Eisenbahndirektion: Diplom-Ingenieur (Bauingenieur). — Neusalz a. O. Stadtbauamt: Bautechniker per 1. Oktober. — Bromberg. Kgl. Kreisbauinspektor Hermann; Bautechniker per 1. August d. J. — Rastenburg Ostpr. Regierungsbaumeister Trümpert; Regierungsbauführer für die Zeit vom 17. September 06 bis 31. März 07. — Posen. Magistrat: Hochbautechniker. — Culm Wpr. Kgl. Kreisbauinspekt.: Hochbautechniker. — Stargard i. Pom. Kgl. Kreisbauinspekt.: Techniker auf 6 Monate. — Anklam i. Pom. Bauamt Freude: Bautechniker auf 2 Monate.

Architekt

gewandt in Entwurf u. Darstellung findet sofort. Beschäftigung. Off. unter B. G. 4418 an Rudolf Mosse, Breslau erbeten.

Jung. Bautechniker

(Maurer)

mit allen im Baufach vorkommenden Arbeiten durchaus vertraut wird per sofort gesucht. Offerten mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen an A. Peyser & Co., Baugeschäft, Plessen, Prov. Posen.

1. Million

gute Handstrichziegel

(auch gefeuert) — ab Ziegelfeld Breslau — sind preiswiegend zu verkaufen. Gef. Off. unt. F. 295 a. d. Expd. d. Bl.

Gutgehendes Baugeschäft

mit bequemer Villa und 6 Morgen Garten inkl. Holzplatz, geeignet zur Einrichtung eines Sägewerks ca. 1/2 Stunde von grossem fiskalischem Forst, in einer Stadt der Prov. Posen, ist unter günst. Bedingungen billig zu verkaufen. Off. unt. B. 25 a. d. Expd. d. Bl.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma G. Rüdtenberg jun. in Hannover bei über photographische Apparate und Ferngläser, welche von dieser Firma auch gegen Teilzahlungen zu Originalfabrikpreisen — also ohne jeden Preisaufschlag — abgegeben werden. Wir verhehlen nicht, auf das Aussergewöhnliche dieses Angebots — nicht nur hinsichtlich der Auswahl und der Preise, sondern auch der Bezugvergünstigungen — unsere Leser ganz besonders hinzuweisen.